

Vernehmlassung zum Vorentwurf zur pa. Iv. 19.475 “Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren”

Consultation relative à l’avant-projet pour la mise en oeuvre de l’iv. pa. 19.475 “Réduire le risque de l’utilisation de pesticides”

Consultazione sull’attuazione dell’iv. pa. 19.475 “Ridurre il rischio associato all’uso di pesticidi”

Organisation / Organisation / Organizzazione	Eidgenössische Kommission für Konsumentenfragen EKK
Adresse / Indirizzo	Jean-Marc Vögele Sekretariat Büro für Konsumentenfragen Bundeshaus Ost 3003 Bern
Datum, Unterschrift / Date et signature / Data e firma	

Bitte senden Sie Ihre Stellungnahme an das Bundesamt für Landwirtschaft, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Bern oder elektronisch an schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie uns Ihre Stellungnahme elektronisch als Word-Dokument zur Verfügung stellen. Vielen Dank.

Merci d’envoyer votre prise de position, par courrier, à l’Office fédéral de l’agriculture, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berne ou par courrier électronique à schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. Un envoi en format Word par courrier électronique facilitera grandement notre travail. D’avance, merci

beaucoup.

Vi invitiamo a inoltrare i vostri pareri all'Ufficio federale dell'agricoltura, Schwarzenburgstrasse 165, 3003 Berna oppure all'indirizzo di posta elettronica schriftgutverwaltung@blw.admin.ch. **Onde agevolare la valutazione dei pareri, vi invitiamo a trasmetterci elettronicamente i vostri commenti sotto forma di documento Word. Grazie.**

Allgemeine Bemerkungen / Remarques générales / Osservazioni generali:

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident, sehr geehrte Frau Ständerätin, sehr geehrter Herr Ständerat, sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass Sie uns die Möglichkeit einräumen, uns zur parlamentarischen Initiative 19.475: «Risiken beim Einsatz von Pestiziden» äussern zu können. Gerne nehmen wir hiermit dazu Stellung.

Vorbemerkung:

Als tripartite Kommission, bestehend aus Mitgliedern der Konsumentenorganisationen, der Wirtschaft und der Wissenschaft, begrüsst die Eidg. Kommission für Konsumentenfragen (**EKK**) grundsätzlich Gesetzesvorlagen, welche die Anliegen der Konsumentinnen und Konsumenten aufnehmen, ohne jedoch der Wirtschaft übermässig hohe Hürden aufzulegen. Sehr viele Konsumentinnen und Konsumenten sind besorgt über die negativen Auswirkungen eines überhöhten Einsatzes von Pestiziden in der Landwirtschaft. Diese Besorgnis zeigte sich etwa im raschen Zustandekommen der beiden Volksinitiativen «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» und «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide». Nach Medienberichten über Pestizidrückständen in Gewässern und auf landwirtschaftlichen Produkten gehen bei den Konsumentenorganisationen und bei den Konsumentendiensten der Grossverteiler jeweils viele Anfragen von Konsumentinnen und Konsumenten ein, die negative Folgen auf die Umwelt und auf ihre eigene Gesundheit befürchten. Auf ein wachsendes Bedürfnis nach nachhaltig produzierten, gesunden Lebensmittel lassen auch die steigenden Absatzzahlen von Labelprodukten schliessen.

Entsprechend hat die EKK dem Bundesrat deshalb am [16. Januar 2019](#) empfohlen, einen Gegenvorschlag zu den beiden genannten Volksinitiativen zu unterstützen, sollte sich ein solcher im Rahmen der parlamentarischen Debatte herausbilden. Die EKK bedauert, dass kein umfassender Gegenvorschlag zu Stande kam, der nebst der Pflanzenschutzmittel-Thematik beispielsweise auch das Antibiotika-Problem hätte aufnehmen können. Die vorliegende parlamentarische Initiative ist aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Materiell:

Die EKK begrüsst die Stossrichtung der parlamentarischen Initiative. Diese definiert ergänzend zur Botschaft zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik ab 2022 (AP22+) und zum bestehenden Aktionsplan Pflanzenschutzmittel des Bundesrates nötige zusätzliche Instrumente, um die Belastung der Umwelt und damit auch der Lebensmittel durch Pestizide zu reduzieren. Diese Ergänzungen sind aus Sicht der Konsumentinnen und Konsumenten unabdingbar.

Zwar fokussiert sich die parlamentarische Initiative auf Massnahmen zur Risikoverminderung auf die Gewässer. Dies wohl daher, da im Bereich des Gewässerschutzes das grösste öffentliche Interesse sowie die detailliertesten Kenntnisse und Informationen vorliegen. Die vorgeschlagenen Massnahmen kommen letztlich aber auch anderen Schutzgütern zu Gute.

Die EKK weist ausdrücklich darauf hin, dass die parlamentarische Initiative zusammen mit der Botschaft AP22+ zwar zu spürbaren Verbesserungen bei den

Oberflächengewässern führen wird, **die Probleme im Grundwasser und letztlich im daraus hergestellten Trinkwasser jedoch nicht ausreichend lösen wird**. Alleine die bereits heute bekannten Abbauprodukte des Fungizids Chlorothalonil sind in derart hohen Konzentrationen im Grund- und Trinkwasser vorhanden, dass bei einer Halbierung oder einer noch grösseren Reduktion des Einsatzes dieses Fungizids immer noch deutlich zu hohe Schadstoffkonzentrationen vorliegen werden. Es ist davon auszugehen, dass auch andere eingesetzte Pflanzenschutzmittel bzw. ihre Abbauprodukte, die heute noch nicht analysiert werden, zu ähnlichen Belastungen geführt haben oder noch führen werden, wenn nicht signifikante Veränderungen bei der Verwendung dieser Substanzen erfolgen.

Das im Rahmen der parlamentarischen Initiative **vorgeschlagene Monitoring des Pestizideinsatzes ist im Sinne der EKK**. Nur wenn die Einhaltung der Absenkpfade kontrolliert wird und der Bundesrat bei Nichteinhalten der Ziele weiterführende Massnahmen beschliessen kann, haben die Konsumentinnen und Konsumenten die Gewähr, dass tatsächlich Verbesserungen geschehen.

Es ist der EKK ein grosses Anliegen, dass **die Wirtschaftskommission des Ständerates die Vorlage möglichst bald weiter bearbeitet** und die nötigen Debatten rasch führt. Die beiden Volksinitiativen könnten schon bald dem Stimmvolk vorgelegt werden; die Konsumentinnen und Konsumenten müssen aus Sicht der EKK zu diesem Zeitpunkt wissen, dass die Politik bereits aktiv an Lösungen arbeitet.

Auf eine detaillierte Stellungnahme zu einzelnen Gesetzesartikeln verzichtet die EKK.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unsere Stellungnahme und stehen Ihnen für allfällige Rückfragen gerne zur Verfügung.

Prof. Dr. Pascal Pichonnaz

Prof. Dr. Anne-Christine Fornage

Präsident der Eidg. Kommission für Konsumentenfragen EKK

Vizepräsidentin der Eidg. Kommission für Konsumentenfragen EKK

